



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Siegmund Ehrmann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 1.446**

☎ (030) 227 – 77 654

✉ (030) 227 – 76 654

✉ siegmund.ehrmann@bundestag.de

### **Wahlkreis**

Hopfenstraße 4  
47441 Moers

☎ (02841) 99 805 99

✉ (02841) 99 805 88

✉ siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

### **Wahlkreis**

Südwall 38  
47798 Krefeld

☎ (02151) 31 96 50

✉ (02151) 82 07 611

✉ siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 13. Dezember 2007

## **Bericht aus Berlin 19/2007**

### **I. Zur Lage**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

in dieser Sitzungswoche beschließen wir endlich die Aufnahme der Briefdienstleister in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz.

Damit gilt zum 1. Januar der Postmindestlohn für das Briefdienstgewerbe. Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in den ostdeutschen Ländern), für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro bzw. 8 Euro.

Durch die Aufnahme dieses Postmindestlohns stellen wir sicher, dass nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leidtragenden der Liberalisierung des Postmarktes zum 1. Januar 2008 sind. Wir haben im Briefdienstleistungsbereich erreicht, dass der Wettbewerb nicht über die Löhne ausgetragen wird.

Wir geben uns aber mit dem Erreichten noch lange nicht zufrieden. Wir wollen, dass auch andere Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden können.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

Bereits im Sommer haben wir in der Koalition vereinbart, dass es weitere branchenspezifische Mindestlöhne über die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes geben soll. Alle Branchen, die die nötigen Bedingungen erfüllen, haben bis zum 31. März 2008 Zeit, die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu beantragen. In Branchen oder Regionen, in denen die Tarifbindung gering ist, soll das Mindestarbeitsbedingengesetz greifen.

Wir werden also an diesem Thema dranbleiben. Wir wollen keine Dumpinglöhne und wir wollen kein Lohndumping. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können - und zwar ohne staatliche Sozialzuschüsse. Mindestlöhne sind übrigens nicht nur für Arbeitnehmer gut, sondern auch für jeden ehrlichen und ordentlichen Unternehmer, der seinen Leuten einen fairen Lohn zahlt und vor Lohndumping windiger Konkurrenten geschützt werden muss. Wettbewerb muss über die Qualität des Managements, über innovative Produkte und Dienstleistungen ausgetragen werden, nicht über die Löhne!

Die Ankündigung der Pin-Group, Arbeitnehmer zu entlassen, ist ein Skandal. Offensichtlich beruht ihr Geschäftsmodell ausschließlich auf Lohndumping. Die Verluste, die sie bisher angehäuft hat, hat sie übrigens ohne den Mindestlohn erwirtschaftet; der gilt nämlich noch gar nicht. Das unfähige Management sucht jetzt einen Sündenbock für seine verfehlte Unternehmenspolitik und nimmt seine Arbeitnehmer dafür als Geisel.

Beraten werden wir in 1. Lesung auch die Verlängerung der Zahldauer beim ALG I und die sog. 58er-Regelung. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man beide Vorhaben schon in dieser Woche abschließen können. Wir wären auch zu einer Sondersitzung in der nächsten Woche bereit gewesen. Das war allerdings mit der Union nicht zu machen. Die abschließende Beratung wird nun im Januar im Bundestag stattfinden. Das wird jetzt dazu führen, dass im Februar/März Bescheide mühsam rückabgewickelt werden müssen. Für diesen bürokratischen Irrsinn sind allein CDU und CSU verantwortlich. Sie reden auf Parteitag von Entbürokratisierung, im Plenum tun sie aber das genaue Gegenteil.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

Das Präsidium hat gestern die Arbeitsgruppe „Angemessenheit und Transparenz von Manager-Vergütungen“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe soll sich insbesondere um die Fragen:

- Verbesserung der Transparenz der Vorstandsbezahlungen,
- Überprüfung der Nebenleistungen,
- Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit von Managergehältern und Managerabfindungen und um
- die Verstärkung von Selbstverpflichtungen der Wirtschaft

kümmern. Ein erster Zwischenbericht wird im Januar vorliegen.

Das Jahr 2007 war Alles in Allem für uns ein erfolgreiches Jahr. Wir haben in dieser Koalition viel durchgesetzt und unsere Handschrift ist zunehmend erkennbar. Wir können auf unsere Arbeit in der Fraktion und in dieser Regierung stolz sein.

Euch eine friedliche und gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes und erfolgreiches Jahr 2008 wünscht



## **Sigmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

## **II. Zur Woche**

### **Entwurf eines Fleischgesetzes**

Das derzeit geltende Vieh- und Fleischgesetz regelt grundsätzliche Fragen des Marktes für Schlachttiere und Schlachtkörper von Rindern, Schweinen und Schafen. Der Strukturwandel der Fleischwirtschaft in den letzten Jahrzehnten erfordert eine grundlegende Überarbeitung dieses Gesetzes von 1977. Es soll durch das neue Fleischgesetz abgelöst werden, das wir in dieser Woche in 2.12. Lesung beschließen. Mehr Beachtung finden sollen dabei die originäre Eigenverantwortlichkeit der Marktbeteiligten und die gewachsene Bedeutung von Klassifizierungsunternehmen. Ziel ist eine Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung. Nicht mehr zeitgemäße Vorgaben für den Handel mit Schlachttieren auf Viehmärkten sowie die Bestimmungen über die Preismeldung auf Fleischmärkten und über den Inhalt der Abrechnung und die Marktverbände werden gestrichen. Neu geregelt wird die Durchführung der Klassifizierung von Schlachtkörpern durch Klassifizierungsunternehmen und Klassifizierer.

### **Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie**

In 2./3. Lesung beraten wir in dieser Woche zwei Gesetzentwürfe, die den Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und gegen Kinderpornographie stärken sollen. Mit dem Vertragsgesetz zum Fakultativprotokoll der Vereinten Nationen vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie schaffen wir die parlamentarische Voraussetzung für die Ratifikation dieses Fakultativprotokolls. Das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie sieht innerstaatliche Vorschriften zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses, aber auch zur Erfüllung der Forderungen des Fakultativprotokolls vor. Insgesamt wird der Gesetzentwurf das Sexualstrafrecht den Vorgaben entsprechend



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

verschärfen und damit den Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen erhöhen. Erwähnung verdient insbesondere die Heraufsetzung der Schutzaltersgrenzen und die Ausweitung der Strafvorschrift betreffend die pornographische Darstellung von Kindern und Jugendlichen.

### **Anfechtung bei missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen**

Wir beschließen in dieser Woche in 2./3. Lesung ein Gesetz, das die Anfechtung von missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen ermöglicht. Hintergrund sind Erhebungen, wonach in zahlreichen Fällen Aufenthaltserlaubnisse an ausreisepflichtige, unverheiratete ausländische Mütter erteilt werden mussten, nachdem ihr Kind von einem angeblichen deutschen Vater anerkannt wurde, obgleich dieser Vater sich zu keinem Zeitpunkt um Frau oder Kind gekümmert hat. Staatliche Behörden sollen jetzt die Befugnis erhalten, Vaterschaftsanerkennungen unter der Voraussetzung anzufechten, dass der lediglich formelle Vater keine sozial-familiäre Beziehung zum Kind hat oder zum Zeitpunkt der Anerkennung hatte. Eine solche Anfechtung setzt auch voraus, dass durch die Anerkennung der Vaterschaft die rechtlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt des Kindes oder eines Elternteiles geschaffen wurden. Diese Kriterien dienen dazu, die Missbrauchsfälle zu erfassen, die mit diesem Gesetz unterbunden werden sollen.

### **Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern**

Wir werden in dieser Woche in 2./3. Lesung das Gesetz zur Regelung des Statusrechtes der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz) beschließen.

Mit diesem Gesetz wird ein weiterer Teil der ersten Föderalismusreform umgesetzt. Bislang waren die Länder verpflichtet, ihre Landesbeamtengesetze nach dem Beamtenrechtsrahmengesetz des Bundes auszurichten. Der Bund hat jetzt nur noch die konkurrierende gesetzgeberische Befugnis, das Statusrecht der Beamtinnen und Beamten in den Ländern auszugestalten, und zwar ohne Laufbahnrecht, Besoldung und Versorgung.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

### **Änderung des Pflanzenschutzgesetzes**

Wir beschließen in dieser Woche in 2.12. Lesung das Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes und zur Änderung des BVL-Gesetzes. Verschiedene Regelungen, z. B. zum Verfahren der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, werden damit an neuere Rechtsentwicklungen angepasst. Vorgesehen ist auch die Einführung einer Anzeigepflicht für Unternehmen, die den Ankauf von Pflanzenschutzmitteln vermitteln. Die Aufzeichnungspflichten der Landwirtschaft zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln werden konkretisiert und einheitlich gefasst. So können Kontrollen effizienter gestaltet werden. Gleichzeitig passen wir aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Januar 2006 die Regelungen zum Schutz besonders schützenswerter Tier- und Pflanzenarten an eine entsprechende EU-Richtlinie an. Schließlich wird auch das Gesetz für das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) geändert, um die Beteiligung und Mitwirkung anderer Bundeseinrichtungen gebührenrechtlich zu berücksichtigen.

### **Risikobegrenzungsgesetz**

In 1. Lesung beraten wir in dieser Woche den Regierungsentwurf eines Risikobegrenzungsgesetzes. Mit einer Reihe von Maßnahmen verbessert der Entwurf die Transparenz und soll Finanzinvestoren von unerwünschten Aktionen abhalten. Der Gesetzentwurf flankiert das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen, das der Bundestag bereits beschlossen hat. Das Risikobegrenzungsgesetz schreibt vor, dass Aktionäre mit mindestens zehn Prozent der Stimmrechte künftig offen legen müssen, welche Ziele sie verfolgen und woher ihre Mittel stammen. Gleichzeitig können Investoren ihre Identität nicht mehr hinter Treuhändern oder Banken verstecken. Wer im Aktienregister eingetragen ist, muss auf Anfrage Auskunft geben, ob ihm die Aktien selbst gehören oder für wen die Anteile gehalten werden.

Der Gesetzentwurf erschwert zudem das gemeinsame Vorgehen von Aktionären, das so genannte "acting in concert". Dies betrifft künftig auch den abgestimmten Kauf von Anteilen sowie das abgestimmte Verhalten im Vorfeld von



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

Hauptversammlungen. Sanktionen drohen zudem Aktionären, die vor einer Hauptversammlung unbemerkt ein Aktienpaket aufbauen. Wer hierbei seiner Meldepflicht nicht nachkommt, kann seine Stimmrechte sechs Monate nicht ausüben.

### **Änderung des Wahl- und Abgeordnetenrechts**

Auf Grund von Erfahrungen bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 wollen wir das Bundeswahlgesetz in einigen Bereichen fortentwickeln. Wir beraten dazu in dieser Woche einen Koalitionsentwurf zur Änderung des Wahl- und Abgeordnetenrechts. Ziele sind vor allem die Verwirklichung der Wahlrechtsgrundsätze des Artikel 38 Abs.1 Satz 1 des Grundgesetzes, die Wähler- und bewerberfreundlichere Gestaltung des Wahlrechts sowie die Vereinfachung der Verwaltungsarbeit für die Gemeinden und Wahlorgane.

Vorgesehen sind Änderungen des Bundeswahlgesetzes, wie die Festlegung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung und die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder, die Schaffung eines zeitlich unbeschränkten aktiven Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche, die Regelung zur Parteizugehörigkeit von Parteibewerbern auf Wahlvorschlägen, die Regelung zur Gültigkeit der Zweitstimme bei innerhalb eines Landes vertauschten Stimmzetteln, die Abschaffung einer förmlichen Mandatsannahmeerklärung, die Festlegung des Umfangs eines Mandats- oder Mandatsanwartschaftsverzichts sowie die Abschaffung der Antragsgründe für die Briefwahl.

Dementsprechend wollen wir auch das Europawahlgesetz anpassen, soweit dies bei den unterschiedlichen Wahlsystemen angezeigt ist.

### **Änderung des Bundeswahlgesetzes**

Die Einteilung der Wahlkreise für die Bundestagswahlen entspricht aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern und einigen Wahlkreisen nicht mehr den Vorgaben des Bundeswahlgesetzes. Aufgrund von Gebiets- und Verwaltungsreformen in verschiedenen Ländern ist außerdem die Beschreibung mehrerer Wahlkreise nicht mehr zutreffend. Der vorliegende Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung



## **Siegmond Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

des Bundeswahlgesetzes, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten, teilt die Bundestagswahlkreise soweit erforderlich neu ein und beschreibt diese neu.

### **Änderung des Wahlprüfungsgesetzes**

Wir beraten in dieser Woche in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sowie der FDP zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes. Das geltende Wahlprüfungsrecht soll durch dieses Gesetz an die Praxis des Wahlprüfungsausschusses angepasst werden. Der Wahlprüfungsausschuss verzichtet nämlich in der Regel auf die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit einer mündlichen Verhandlung. Nach der geplanten Änderung soll der Wahlprüfungsausschuss künftig bei der Vorbereitung der Entscheidungen des Bundestages bei Wahleinsprüchen auf eine mündliche Verhandlung dann verzichten können, wenn von dieser keine weitere Förderung des Verfahrens zu erwarten ist.

Diese geplante Regelung orientiert sich an den entsprechenden Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes für eine mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht in Wahlprüfungsbeschwerden.

### **Zweites Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes**

In dieser Woche beschließen wir die Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes. Damit werden nun Arbeitnehmer, die im Briefdienstleistungsbereich beschäftigt sind, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen. Zum 1. Januar 2008 fällt in Deutschland das Briefmonopol. Dann dürfen Dienstleistungsunternehmen in Deutschland umfassend Postdienstleistungen erbringen. Um ein Mindestmaß an Standards zu sichern, hat das Bundeskabinett bereits am 19. September 2007 beschlossen, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf Briefdienstleistungen zu erweitern. Jetzt endlich hat auch der Koalitionspartner zugestimmt. Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in den ostdeutschen Ländern). Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro bzw. 8 Euro.

### **Pflegeweiterentwicklungsgesetz**

Wir werden diese Woche in erster Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwick-



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

lungsgesetz) beraten. Seit Einführung im Jahre 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Es werden dennoch strukturelle Änderungen in der Pflegeversicherung vorgenommen, die dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ stärker als bisher Rechnung tragen. Mit dem Gesetz soll aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert werden. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen auch in neuen Wohnformen abzurufen, helfen den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten und gewünschten Umgebung zu bleiben. Weitere Schwerpunkte sind die Ausweitung der Leistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und die Einführung der Pflegezeit für Beschäftigte.

Die geplante Anhebung des Beitragssatzes um 0,25 Prozentpunkte führt in der sozialen Pflegeversicherung zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 2,5 Mrd. Euro. Da der Beitragssatz zum 1. Juli 2008 angehoben wird, betragen die Mehreinnahmen im Jahr 2008 rund 1,3 Mrd. Euro.

### **Siebtes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetz**

In diesem Gesetz, das wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten, ist neben der sog. 58er Regelung auch die Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes enthalten.

Über 50-Jährige bekommen künftig 15 Monate Arbeitslosengeld, über 55-Jährige 18 Monate und ab 58 werden künftig 24 Monate Arbeitslosengeld gezahlt. Damit wird die Lebensleistung Älterer wieder stärker berücksichtigt.

Anders als von Rüttgers und anderen aus der CDU gefordert - geht diese Verbesserung für Ältere nicht zu Lasten von Jüngeren oder Frauen.

Durch die Verlängerung der sog. 58er Regelung, erhalten alle ALG II-Empfänger ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit, sich nicht mehr arbeitssuchend zu melden, falls ihnen nicht innerhalb von 12 Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Erst ab dem 63. Lebensjahr besteht für den Leistungsträger die Möglichkeit, Empfänger von ALG II auf die Vorrangigkeit ihrer Rentenansprüche zu verweisen.



## **Siegmond Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

### **IM. Aktuelles Thema**

#### **2007 - Ein gutes Jahr**

2007 war ein gutes Jahr für Deutschland und für die Menschen. Wir Sozialdemokraten sind stolz auf die Leistung dieser Bundesregierung und auf die sozialdemokratische Handschrift, die deutlich ist:

#### ***Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr***

Mit 3,38 Mio. Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Novemberstand seit 15 Jahren gesunken. Insgesamt sind 1,1 Mio. Menschen weniger arbeitslos als 2005, mehr als 600.000 weniger als im letzten Jahr. Besonders erfreulich: 40,359 Mio. Menschen sind erwerbstätig. Das ist ein Rekord in der Bundesrepublik. Über 27 Mio. Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das ist ein Plus von rund 580.000 innerhalb eines Jahres. Das heißt, der wirtschaftliche Aufschwung ist auf dem Arbeitsmarkt angekommen.

#### ***Sinkende Sozialversicherungsbeiträge***

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist innerhalb eines Jahres um fast die Hälfte gesunken - von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent. So niedrig war der AV-Beitrag seit 1981 nicht mehr. Für die Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto ist das eine Entlastung von 40 Euro monatlich gegenüber 2006, aufs Jahr gerechnet 480 Euro!

Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge deutlich unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke.

#### ***Postmindestlohn eingeführt***

Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in den ostdeutschen Ländern). Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro bzw. 8 Euro. Wir schützen die Arbeitnehmer damit vor Dumpinglöhnen! Der Wegfall des Briefmonopols wird damit nicht zum Wettbewerb um schlecht bezahlte Arbeitsplätze führen.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

### ***Längeres Arbeitslosengeld für Ältere***

Ältere Arbeitslose erhalten ab 2008 länger Arbeitslosengeld. Wir nehmen ihnen damit die Angst vor Hartz IV. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt. Künftig gilt: Über 50-Jährige erhalten 15 Monate Arbeitslosengeld, über 55-Jährige 18 Monate und über 58-Jährige erhalten 24 Monate Arbeitslosengeld I. Besonders wichtig: Anders als von Rüttgers und Union gewollt, geht diese Maßnahme nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren.

### ***Das BAföG steigt***

Zum Wintersemester 2008/2009 wird das BAföG deutlich erhöht. Die Bedarfssätze steigen um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent. Dadurch erhalten mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch. Weitere Verbesserungen gibt es auch beim Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern. All das schafft mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung.

### ***Elterngeld eingeführt***

Das Elterngeld, das es seit dem 1. Januar 2007 gibt, schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander vereinbaren lassen. Wir fördern Familien für 12 bzw. 14 Monate nach der Geburt eines Kindes. Das Elterngeld ersetzt das wegen der Geburt eines Kindes wegfallende Einkommen in Höhe von bis zu 67 Prozent. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.

### ***Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr***

Der Rechtsanspruch kommt 2013. Mit dem Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen und dass die Gelder, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, auch in den Ausbau der Krippen und Kitas investiert werden.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

### ***Vorrang für Kinder***

Ein sozialdemokratischer Erfolg ist auch die Neuregelung des Unterhaltsrechts. Die Union hat sich davon überzeugen lassen, dass das Wohl der Kinder bei Trennungen künftig an erster Stelle stehen soll. Deshalb wird minderjährigen Kindern in der Rangfolge der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt. Erst danach kommen die Ansprüche der Väter und Mütter, die Kinder betreuen - und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht.

### ***Die Wirtschaft wächst***

Deutschland erlebt den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit sieben Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2,4 Prozent wachsen. Besonders wichtig: In diesem, wie auch im kommenden Jahr, kommt der stärkste Wachstumsimpuls aus der Binnenwirtschaft. Das hat etwas mit der Besserung auf dem Arbeitsmarkt aber auch mit den richtigen Rahmenbedingungen zu tun, die wir gesetzt haben, z. B. mit dem 25-Mrd.-Euro Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

### ***Nettokreditaufnahme geht zurück***

In diesem Jahr hat der Bund 14,4 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen. Für 2008 sind 11,9 Mrd. Euro geplant. Das ist so wenig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir haben damit innerhalb von zwei Jahren die Neuverschuldung mehr als halbiert. 2007 melden wir erstmals einen ausgeglichenen Staatshaushalt nach Brüssel. Die Staatsquote ist innerhalb von vier Jahren - von 2003 bis 2006 - um 3 Prozentpunkte auf 45,6 Prozent gesunken. All das ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass sich der Staat neue Handlungsspielräume erschließt und gleichzeitig die Verantwortung für künftige Generationen im Blick hat.

### ***Neues Unternehmensteuerrecht***

Zum 1. Januar 2008 bekommt Deutschland ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland.



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

---

Künftig wird es für Unternehmen noch attraktiver sein, in Deutschland zu investieren und hier bei uns neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist das eigentliche Ziel dieser Reform.

### ***Erbschaftsteuer gesichert - Nahe Verwandte deutlich entlastet***

Die Erbschaftsteuer bleibt erhalten und wir haben durchgesetzt, dass den Ländern auch in Zukunft mind. 4 Mrd. Euro aus der Erbschaftsteuer zufließen. Für Ehegatten, Kinder und Enkel wird durch eine kräftige Anhebung der persönlichen Freibeträge in der Steuerklasse I auf 500.000 Euro für Ehegatten, 400.000 Euro für jedes Kind und 200.000 Euro für jeden Enkel sichergestellt, dass es beim Übergang des privat genutzten Wohneigentums auch künftig im Regelfall zu keiner zusätzlichen Belastung kommt. Das Erben eines normalen Einfamilienhauses bleibt damit auch weiterhin steuerfrei.

### ***Deutschland ist Vorreiter beim Klimaschutz***

Deutschland nimmt eine weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz und beim Export modernster Umwelttechnologien ein. Die Große Koalition hat ein zukunftsweisendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik beschlossen. Alle CO<sub>2</sub> relevanten Schlüsselgebiete - von der Strom- und Wärmeproduktion bis zum Verkehr, von der Gebäudesanierung bis zur Energieeffizienz - werden mit dem Maßnahmenpaket einen neuen Schub erhalten und den Klimaschutz voranbringen. Das macht sich auch im Haushalt bemerkbar: Die Klimaschutzausgaben steigen von rund 875 Mio. Euro im Jahr 2005 auf rund 2,6 Mrd. Euro im Haushalt 2008.

### ***Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit***

Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Durch steuerrechtliche Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Stiftungstätigkeiten unterstützen wir die aktive Bürgergesellschaft. Das betrifft sowohl die Erhöhung der Übungsleiterpauschale als auch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden. Durch den deutlichen Abbau von Bürokratie haben wir zudem mehr Freiräume für das bürgerschaftliche Engagement geschaffen.

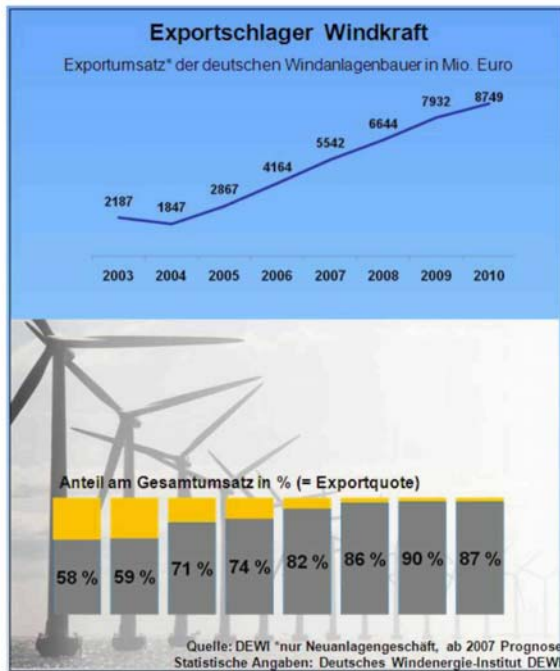


## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

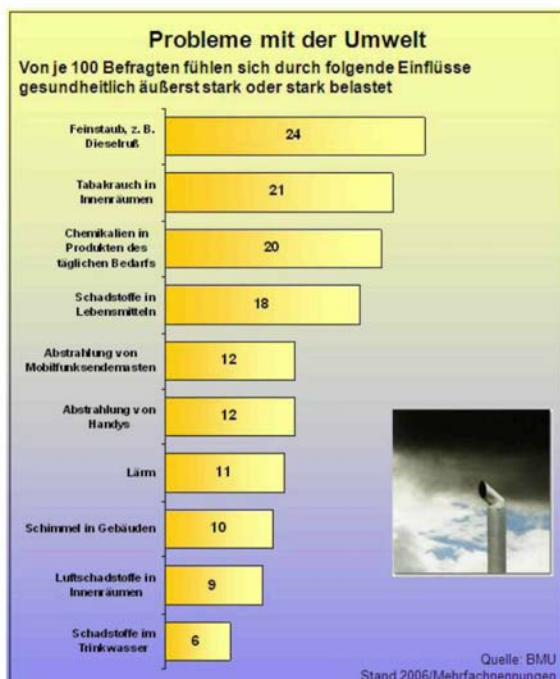
### IV. Standort Deutschland

#### 1. Deutsche Windkraftbranche boomt



Die deutsche Windkraftbranche profitiert von der zunehmenden Nachfrage aus dem Ausland. Im Jahr 2003 entfielen mit einem Neuanlagengeschäft in Höhe von knapp 2,2 Mrd. Euro immerhin schon 58 Prozent auf den Export. Bis 2009 werden die Exporte sogar auf über 7,9 Mrd. Euro steigen. Neun von zehn Euro setzen die Anlagenbauer dann im Ausland um. Häufig wird das hierzulande sehr erfolgreiche Modell der öffentlichen Förderung durch Einspeisevergütung kopiert, was die Auslandsnachfrage zusätzlich antreibt.

#### 2. Belastungen durch die Umwelt



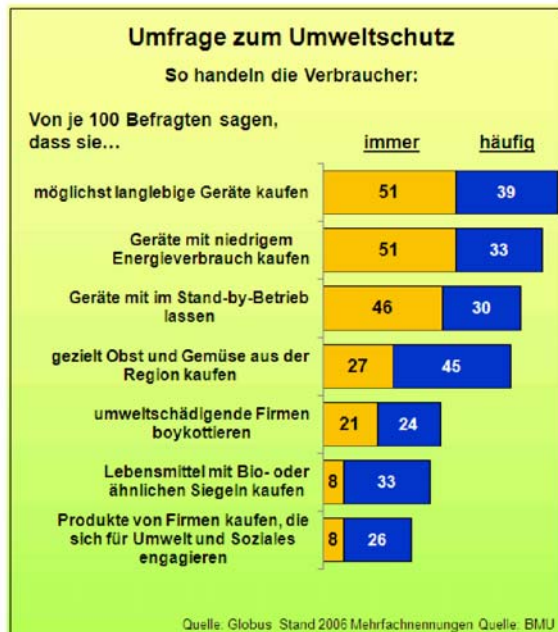
Etwas mehr als jeder 4. Deutsche sieht sich durch Umweltprobleme persönlich stark belastet, vier Prozent mehr als noch vor 2 Jahren. Feinstaub gilt als Gesundheitsrisiko Nr. 1. Fast ein Viertel der Bevölkerung fühlt sich durch Feinstaub äußerst stark oder stark belastet. Tabakrauch in Innenräumen (21 Prozent), Chemikalien in Produkten des täglichen Bedarfs (20 Prozent) und Schadstoffe in Lebensmitteln (18 Prozent) werden ebenfalls von einer beträchtlichen Zahl von Menschen als Quellen starker Gesundheitsbelastung wahrgenommen.



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der  
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

### 3. So entscheidet der Verbraucher!



Viele Bundesbürger denken in ihrem Alltag auch an die Umwelt. Das gilt zum Beispiel beim Kauf und Gebrauch von elektrischen Geräten. So achten 90 Prozent der Deutschen darauf, dass ihre Anschaffung möglichst lange hält – 51 Prozent tun dies immer, 39 Prozent immerhin häufig. Ähnlich viele haben den Energieverbrauch im Auge (84 Prozent). Beim Einkauf von Lebensmitteln bevorzugen 27 Prozent der Befragten immer und 45 Prozent häufig Lieferanten aus der Umgebung. Deutlich weniger Verbraucher, nämlich insgesamt 34 Prozent,

beachten beim Einkauf, ob der Hersteller sich für die Umwelt oder Soziales engagiert.